

378413-2026 - Mise en concurrence

Allemagne – Services liés aux déchets et aux ordures – Baggergutverwertung und -entsorgung zur Fahrrinnenanpassung Berliner Nordtrasse Los 2 - UHW Süd

OJ S 105/2026 03/06/2026

Avis de marché ou de concession – régime ordinaire

Services

1. Acheteur

1.1. Acheteur

Nom officiel: Wasserstraßen-Neubauamt Berlin

Adresse électronique: wna-berlin@wsv.bund.de

Forme juridique de l'acheteur: Autorité publique centrale

Activité du pouvoir adjudicateur: Services d'administration générale

2. Procédure

2.1. Procédure

Titre: Baggergutverwertung und -entsorgung zur Fahrrinnenanpassung Berliner Nordtrasse Los 2 - UHW Süd

Description: Das WNA Berlin führt im Rahmen des Bauvertrags die Anpassung der Fahrrinne und damit verbundene bauliche Maßnahmen an den Ufern für den Bereich UHW Süd - UHW-km 1,288 bis UHW-km 4,300 und SOW-km 0,078 bis UHW-km 0,057 aus. Im Zuge dessen wird die Gewässersohle mittels Nassbaggerung vertieft. Gegenstand der Ausschreibung ist die fachgerechte Verwertung bzw. Entsorgung der im Rahmen der Fahrrinnenanpassung anfallenden mineralischen Abfälle. Die Abfälle werden durch den AN-Bau über den Wasserweg zu den Umschlaghäfen Velten, Königs Wusterhausen oder Deetz transportiert. Die ausgeschriebenen Leistungen umfassen den Umschlag in den Häfen, den Transport auf dem Landweg, die Entsorgung/Verwertung und die Dokumentation der Entsorgung /Verwertung bzw. die Mitwirkung im elektronischen Nachweisverfahren.

Identifiant de la procédure: 0ed5f20d-6e5d-422b-9f9c-cf16b7b7cf01

Identifiant interne: WNAB-SB5-05-2026-VgV-EU-B

Type de procédure: Ouverte

La procédure est accélérée: non

2.1.1. Objet

Nature principale du marché: Services

Nomenclature principale (cpv): 90500000 Services liés aux déchets et aux ordures

2.1.2. Lieu d'exécution

Ville: Berlin

Subdivision pays (NUTS): Berlin (DE300)

Pays: Allemagne

2.1.4. Informations générales

Base juridique:

Directive 2014/24/UE

vgv -

2.1.6. Motifs d'exclusion

Sources des motifs d'exclusion: Avis

Manquement à des obligations liées à des motifs d'exclusion purement nationaux: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe gem. §123 und 124 GWB

5. Lot

5.1. Lot: LOT-0000

Titre: Baggergutverwertung und -entsorgung zur Fahrrinnenanpassung Berliner Nordtrasse Los 2 - UHW Süd

Description: Das WNA Berlin führt im Rahmen des Bauvertrags die Anpassung der Fahrrinne und damit verbundene bauliche Maßnahmen an den Ufern für den Bereich UHW Süd - UHW-km 1,288 bis UHW-km 4,300 und SOW-km 0,078 bis UHW-km 0,057 aus. Im Zuge dessen wird die Gewässersohle mittels Nassbaggerung vertieft. Gegenstand der Ausschreibung ist die fachgerechte Verwertung bzw. Entsorgung der im Rahmen der Fahrrinnenanpassung anfallenden mineralischen Abfälle. Die Abfälle werden durch den AN-Bau über den Wasserweg zu den Umschlaghäfen Velten, Königs Wusterhausen oder Deetz transportiert. Die ausgeschriebenen Leistungen umfassen den Umschlag in den Häfen, den Transport auf dem Landweg, die Entsorgung/Verwertung und die Dokumentation der Entsorgung /Verwertung bzw. die Mitwirkung im elektronischen Nachweisverfahren. Die Leistung soll von 10/2026 bis 12/2028 ausgeführt werden. Eine ausführliche Beschreibung ist den beigefügten Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Identifiant interne: WNAB-SB5-05-2026-VgV-EU-B

5.1.1. Objet

Nature principale du marché: Services

Nomenclature principale (cpv): 90500000 Services liés aux déchets et aux ordures

5.1.2. Lieu d'exécution

Ville: Berlin

Subdivision pays (NUTS): Berlin (DE300)

Pays: Allemagne

5.1.3. Durée estimée

Date de début: 01/09/2026

Date de fin de durée: 31/12/2028

5.1.6. Informations générales

Participation réservée:

La participation n'est pas réservée.

Les noms et les qualifications professionnelles du personnel chargé de l'exécution du marché doivent être mentionnés: Exigence dans l'offre

Projet de passation de marché non financé par des fonds de l'UE

Le marché relève de l'accord sur les marchés publics (AMP): oui

Le marché en question convient aussi aux petites et moyennes entreprises (PME): non

Informations complémentaires: In Formblatt 133/333b-L/F sind Angaben zu machen: 1

Erklärung nach § 124 Abs.1 Nr. 4 GWB: Angabe, ob und ggf. auf welche Art der Bewerber

/Bieter mit anderen Unternehmen wirtschaftlich verknüpft ist Angabe ob und ggf. auf welche

Art der Bewerber/Bieter auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit anderen

zusammenarbeitet 2 Eintragung in ein amtliches Verzeichnis oder Zertifizierung, die den

Anforderungen aus Artikel 64 der Richtlinie 2014/24/EU entsprechen 3 Auskunft nach § 46

Abs. 3 Nr. 2 VgV: Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen 4 Erklärung entsprechend § 123 GWB bezogen auf die letzten fünf Jahre. Angabe, dass kein zwingender Ausschlussgrund zu den untenstehenden Punkten vorliegt: Ich/wir erkläre(n), dass weder ich /wir noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen einer der unten genannten Straftaten oder nach vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden bin/sind/ist und dass gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist: - Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB), - Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) - Mitgliedschaft in einer kriminellen und terroristischen Vereinigung im Ausland (§ 129b StGB) - Terrorismusfinanzierung (§ 89c StGB) oder Anstiftung oder Beihilfe zur Terrorismusfinanzierung (§ 26 bzw. § 27 i.V.m. § 89c StGB), - Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden (sollen), eine schwere staatsgefährdende Gewalttat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des StGB zu begehen, - Geldwäsche (§ 261 StGB), - Betrug (§ 263 StGB) und Subventionsbetrug (§ 264 StGB), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, - Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), - Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB), - unzulässige Interessenwahrnehmung (§ 108f StGB), - Vorteilsgewährung (§ 333 StGB) und Bestechung (§ 334 StGB), jeweils auch i.V.m. § 335a StGB (ausländische und internationale Beschäftigte), - Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr (Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung), - Menschenhandel (§§ 232 und 233 StGB), - Förderung des Menschenhandels (§ 233a StGB). Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung. Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit ich/wir der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben. 1. registerführende Stelle: 2. Registerbezeichnung: 3. Registernummer: 4. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer: Falls meine/unsere Interessensbestätigung in die engere Wahl kommt, werde ich/wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse vorlegen. 5.1 Erklärung entsprechend § 124 Absatz 1 Nr. 1, 3 bis 9 und Absatz 2 GWB bezogen auf die letzten drei Jahre. Angabe, dass kein fakultativer Ausschlussgrund zu den untenstehenden Punkten vorliegt: Ich/wir erkläre(n), dass weder ich/wir noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen habe/haben/hat. Abweichend von der obigen Erklärung habe ich/haben wir gegen folgende Verpflichtungen verstoßen: Sofern nachfolgend nicht anders angegeben, erkläre(n) ich/wir, dass weder ich/wir noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen einer der unten genannten Straftaten oder nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden bin/sind/ist und gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist: - Diebstahl (§ 242 StGB), - Unterschlagung (§ 246 StGB), - Erpressung (§ 253 StGB), - Betrug (§ 263 StGB), - Subventionsbetrug (§ 264 StGB), - Kreditbetrug (§ 265b StGB), - Untreue (§ 266 StGB) - Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266a Abs. 1, 2 und 4 StGB), - Urkundenfälschung (§ 267 StGB), - Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), - Delikte im Zusammenhange mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), -

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), - Brandstiftung (§ 306 StGB), - Baugefährdung (§ 319 StGB), - Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB), - unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), - illegale Ausländerbeschäftigung (§ 404 Abs. 1 oder Abs. 2 Nr. 3 SGB III), die mit Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde. Sofern nachfolgend nicht anders angegeben, erkläre(n) ich/wir, nicht - gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder - gem. § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz - gem. § 98c Aufenthaltsgesetz - gem. § 19 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden zu sein. Abweichend von der obigen Erklärung bin ich/sind wir mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden wegen Ich/Wir erkläre(n), dass - ich/wir keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen habe /haben, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, - kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen AG tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden könnte, - keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung dieses Vergabeverfahrens einbezogen war bzw. eine denkbare Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als unseren Ausschluss vom Vergabeverf. beseitigt werden kann, - das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und keine mangelhafte Erfüllung zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, - das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskrit. keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat und dass es in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, - das Unternehmen a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen AGs in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, und c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen AGs erheblich beeinflussen könnten und nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln. 5.2 Erklärung entsprechend § 124 Absatz 1 Nr. 2 GWB bezogen auf die letzten drei Jahre. Angabe, dass kein fakultativer Ausschlussgrund zu den untenstehenden Punkten vorliegt: Das Unternehmen ist zahlungsunfähig. Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren wurde eröffnet. Ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt. Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verf. wurde beantragt. Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt. Mein/Unser Unternehmen hat seine Tätigkeit eingestellt. Falls ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, werde ich/wir ihn auf Verlangen vorlegen. 6. Erklärung nach §45 Absatz 1 Nr. 3 VgV, dass eine Betriebshaftpflichtvers. von mind. 1.500.000 € für Personen- und von mind. 1.500.000 € für sonstige Schäden nachgewiesen wird. Es ist nachzuweisen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mind. das 2-fache der Vers.summe beträgt. 7.1 Erklärung nach § 45 Absatz 1 VgV über den Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren 7.2 Erklärung nach § 45 Absatz 1 VgV über den Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren über den nachfolgend genannten konkreten, in der Bekanntmachung definierten Tätigkeitsbereich 8 Nachweise nach § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV über die Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die

Erlaubnis zur Berufsausübung für die Inhaberin, den Inhaber oder die Führungskräfte des Unternehmens 9 Nachweis nach § 46 Absatz 3 Nr. 1 VgV zu Leistungen in den letzten fünf Jahren, die der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Dies weise ich gemäß der in der Bekanntmachung geforderten Mindestanzahl an geeigneten Referenzen über abgeschlossene Leistungen mit Angabe des Rechnungswerts, der Leistungszeit sowie unter Nennung des öffentl./privaten AGs nach: 10 Erklärung nach § 46 Absatz 3 Nr. 8 VgV: Das jährliche Mittel meiner Beschäftigten und die Anzahl der Führungskräfte 12 Erklärung nach § 46 Absatz 3 Nr. 9 VgV darüber, welche Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung dem Unternehmen für die Ausführung des Auftrags zur Verfügung stehen 13 Erklärung nach § 44 Absatz 1 VgV bezüglich der Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes

5.1.7. Marché public stratégique

Objectif du marché public stratégique: Pas de passation de marché stratégique

5.1.9. Critères de sélection

Sources des critères de sélection: Avis

Critère: Mesures pour garantir la qualité

Description du critère de sélection: Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb für
Hauptauftragnehmer Nachweis: Vorlage gültiges EfB-Zertifikat

Critère: Mesures pour garantir la qualité

Description du critère de sélection: Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb für alle
Nachunternehmer Nachweis: Vorlage gültiges EfB-Zertifikat je Nachunternehmer gem.
Bietereintragung (Entsorger, Beförderer)

Critère: Techniciens ou organismes techniques pour effectuer le travail

Description du critère de sélection: Qualifikation Abfallkoordinator Nachweis:

Naturwissenschaftlich, ingenieurtechnische Ausbildung (Diplom, Master, Bachelor) oder abgeschlossene technische Berufsausbildung (Facharbeiter, Meister) Mindestens 3 Jahre Berufserfahrung im Bereich der Abfallkoordination Mindestens 2 Referenzen zur aufgabenbezogenen Eignung und Erfahrung (Abfallmenge min. 2.000 t gef. Abfälle; Bewirtschaftung Baggergut / mineralische Abfälle in Art und Umfang vergleichbar mit dem Bauvorhaben) Eigenerklärung über die Erfahrung im Umgang mit dem Vollzugsrecht des Bundeslandes Berlin und der Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH
Eigenerklärung oder Nachweis über Kenntnisse der elektronischen Nachweisverordnung
Eigenerklärung über das Vorhandensein einer elektronischen Signaturkarte

Critère: Techniciens ou organismes techniques pour effectuer le travail

Description du critère de sélection: Qualifikation Stellvertretung des Abfallkoordinators

Nachweis: Naturwissenschaftlich, ingenieurtechnische Ausbildung (Diplom, Master, Bachelor) oder abgeschlossene technische Berufsausbildung (Facharbeiter, Meister) Mindestens 3 Jahre Berufserfahrung im Bereich der Abfallkoordination Mindestens 2 Referenzen zur aufgabenbezogenen Eignung und Erfahrung (Abfallmenge min. 2.000 t gef. Abfälle; Bewirtschaftung Baggergut / mineralische Abfälle in Art und Umfang vergleichbar mit dem Bauvorhaben) Eigenerklärung über die Erfahrung im Umgang mit dem Vollzugsrecht des Bundeslandes Berlin und der Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH
Eigenerklärung oder Nachweis über Kenntnisse der elektronischen Nachweisverordnung
Eigenerklärung über das Vorhandensein einer elektronischen Signaturkarte

Critère: Références sur des services spécifiés

Description du critère de sélection: Beschreibung: Referenz 1 für Leistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind Nachweis: Abfallkoordination von mineralischen Abfällen (Boden, Baggergut, Bauschutt), Umfang min. 10.000 t, Abschluss in den letzten 5 Jahren

Critère: Références sur des services spécifiés

Description du critère de sélection: Referenz 2 für Leistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind Nachweis: Abfallkoordination von mineralischen Abfällen (Boden, Baggergut, Bauschutt), Umfang min. 10.000 t, Abschluss in den letzten 5 Jahren

Critère: Références sur des services spécifiés

Description du critère de sélection: Referenz 3 für Leistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind Nachweis: Abfallkoordination von mineralischen Abfällen (Boden, Baggergut, Bauschutt), Umfang min. 5.000 t, Abschluss in den letzten 5 Jahren

Critère: Mesures pour garantir la qualité

Description du critère de sélection: Zertifizierter Betriebsbeauftragter für Abfall gemäß §59 KrWG Nachweis: Vorlage gültiges Zertifikat gemäß §59 KrWG für mindestens 1 Beschäftigten

5.1.10. Critères d'attribution

Critère:

Type: Prix

Nom: Preis

Description: Preis

Catégorie du critère d'attribution poids: Pondération (pourcentage, valeur exacte)

Nombre critère d'attribution: 100

5.1.11. Documents de marché

Langues dans lesquelles les documents de marché sont officiellement disponibles: allemand

Adresse des documents de marché: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=863626>

5.1.12. Conditions du marché public

Conditions de soumission:

Soumission par voie électronique: Requise

Adresse de soumission: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=863626>

Langues dans lesquelles les offres ou demandes de participation/candidatures peuvent être présentées: allemand

Catalogue électronique: Non autorisée

Variantes: Non autorisée

Les soumissionnaires peuvent présenter plusieurs offres: Non autorisée

Date limite de réception des offres: 02/07/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Heure de l'Europe orientale, heure d'été de l'Europe centrale

Durée de validité des offres: 64 Jours

Informations qui peuvent être complétées après la date limite de réception des offres:

À la discrétion de l'acheteur, tous les documents manquants relatifs au soumissionnaire peuvent être transmis ultérieurement.

Informations complémentaires: Erklärungen, Unterlagen und Nachweise können nachgereicht werden, mit Ausnahme von Unterlagen gem. §56 Abs. 3 VgV

Conditions du marché:

Le contrat doit être exécuté dans le cadre de programmes d'emplois protégés: Non

Facturation électronique: Requise
La commande en ligne sera utilisée: non
Le paiement électronique sera utilisé: oui

5.1.15. Techniques

Accord-cadre:

Pas d'accord-cadre

Informations sur le système d'acquisition dynamique:

Pas de système d'acquisition dynamique

5.1.16. Informations complémentaires, médiation et recours

Organisation chargée des procédures de recours: Bundeskartellamt - Vergabekammer des Bundes -

Description des délais d'introduction des procédures de recours: Ein Antrag auf Nachprüfung ist gemäß § 160 (3) Nr. 1 bis 4 GWB nurzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagengerügt hat, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt worden sind, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. nicht mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

8. Organisations

8.1. ORG-0000

Nom officiel: Wasserstraßen-Neubauamt Berlin

Numéro d'enregistrement: 204:991-07728-53

Adresse postale: Mehringdamm 129

Ville: Berlin

Code postal: 10965

Subdivision pays (NUTS): Berlin (DE300)

Pays: Allemagne

Adresse électronique: wna-berlin@wsv.bund.de

Téléphone: +49 30 69580 401

Rôles de cette organisation:

Acheteur

8.1. ORG-0001

Nom officiel: Bundeskartellamt - Vergabekammer des Bundes -

Numéro d'enregistrement: t:022894990

Adresse postale: Kaiser-Friedrich-Str. 16

Ville: Bonn

Code postal: 53113

Subdivision pays (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Pays: Allemagne

Adresse électronique: vk@bundeskartellamt.bund.de

Téléphone: +49 228 9499421

Télécopieur: +49 228 9499163

Rôles de cette organisation:

Organisation chargée des procédures de recours

8.1. ORG-0002

Nom officiel: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Numéro d'enregistrement: 0204:994-DOEVD-83

Ville: Bonn

Code postal: 53119

Subdivision pays (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Pays: Allemagne

Adresse électronique: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Téléphone: +49228996100

Rôles de cette organisation:

TED eSender

Informations relatives à l'avis

Identifiant/version de l'avis: 88320602-55e4-4df2-b39f-23412eef1e57 - 04

Type de formulaire: Mise en concurrence

Type d'avis: Avis de marché ou de concession – régime ordinaire

Sous-type d'avis: 16

Date d'envoi de l'avis: 01/06/2026 14:11:56 (UTC+02:00) Heure de l'Europe orientale, heure d'été de l'Europe centrale

Langues dans lesquelles l'avis en question est officiellement disponible: allemand

Numéro de publication de l'avis: 378413-2026

Numéro de publication au JO S: 105/2026

Date de publication: 03/06/2026